

Berlin, Freitag,

den 24. Mai 1872.

Dieses Blatt erscheint in der Woche dreizehnmal.

Abonnements-Preis:
 Vierteljährlich für Berlin 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ 15 $\frac{1}{2}$
 für ganz Preussen, das übrige
 Deutschland und ganz Oester-
 reich 3 $\frac{1}{2}$.

Insertions-Gebühr:
 die dreispaltige Zeile 3 $\frac{1}{2}$

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Als Gratisbeilagen erscheinen
 ausser anderen
 tabellarischen Übersichten
 Sonnabends Nachmittags:
 Allgemeine Verloosungstabelle
 und
 Sonntags früh:
 Börse des Lebens.

Die einzelne Nummer kostet 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$

Expedition der Börsen-Zeitung: Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierzu als Extra-Beilage:
Die Deutschen und Oesterreichischen
Actien-Gesellschaften und Commandit-
Gesellschaften auf Actien.
 Alphabethisch nach ihrem Domicil geordnet.
 Bogen XC.

Telegraphische Depeschen.

München, 24. Mai. (W. T. B.) In dem Be-
 rath des Staatsministers Grafen Hegenberg,
 welcher seit letztem Sonnabend von einem nicht
 abendlichen Brustleiden befallen ist, scheint seit
 gestern Besserung eingetreten zu sein.

Stuttgart, 23. Mai. (W. T. B.) Die Königin
 ist heute mit der Grossfürstin Vera hier wieder
 angetroffen.

Wien, 24. Mai. (W. T. B.) Nach dem heute
 früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr ausgegebenen Bulletin hat die Erzher-
 zogin Sophie eine zum Theil unruhige Nacht ge-
 habt; die Störung der Gehirnfunktionen hat zuge-
 nommen und der Kräftezustand ist sehr gesunken.

Paris, 24. Mai. (W. T. B.) Die Regierung
 wird, wie verlautet, dem Gesuche der Generale
 Fimpfen und Ulrich, vor ein Kriegsgericht gestellt,
 zu werden, keine Folge geben. Nachrichten aus
 parlamentarischen Kreisen zufolge wäre über die
 Kriegsdienstvorlage ein Einverständnis zwischen
 Ministern und der betreffenden Kommission jetzt her-
 gestellt.

Rom, 23. Mai. (W. T. B.) Heute Abend be-
 reibt sich der Kronprinz Humbert nach Mailand
 und wird am Sonnabend Morgen mit der Prinzessin
 Margarethe die Reise nach Berlin antreten. In
 seiner Begleitung befinden sich General Desonanz
 und zwei Flügeladjutanten.

London, 23. Mai. (W. T. B.) Die Werkleute
 und Arbeiter der Woolwicher Arsenalen agitiren zu-
 gunsten der Einführung neunständiger Arbeitszeit,
 sowie einer Erhöhung des Lohnes. Zur Beschluss-
 fassung soll demnächst eine öffentliche Versamm-
 lung abgehalten werden. Die Zahl der beteiligten
 Arbeiter beläuft sich auf 10,000.

Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Balti-
 more“ ist in der letzten Nacht auf der Fahrt von
 Baltimore nach Bremen in Folge eines Zusammen-
 stosses in der Nähe von Hastings leck geworden und
 auf den Grund gerathen. Passagiere und Mann-
 schaft sind gerettet, in Hastings gelandet und da-
 selbst untergebracht. Der Verlust des Schiffes wird
 befürchtet.

Petersburg, 23. Mai. (W. T. B.) Der Kaiser
 ist laut telegraphischer Meldung, gestern früh 10
 Uhr wohlbehalten in Livadia angekommen. Der
 Gesundheitszustand der Kaiserin ist ein durchaus
 befriedigender.

Washington, 23. Mai. (W. T. B.) Der
 Präsident hat die Amnestiebill unterzeichnet. Die
 Regierung hat heute die Session des Congresses
 eröffnet, doch dürfte die Erledigung des Zusatz-
 artikels zum Washingtoner Verträge, dessen Be-
 theiligung in der heutigen Sitzung des Senats noch
 nicht zum Schluss gelangte, noch vor dem Wieder-
 antritt der öffentlichen Sitzungen des Congresses
 erfolgen.

(Siehe auch in der I. Beilage.)

Berlin, den 24. Mai.

Die 27. Plenarsitzung des Reichstages
 wurde von dem Präsidenten Dr. Simson um
 9 Uhr eröffnet.

Das Haus tritt der Tagesordnung gemäss in die
 zweite Berathung des Haushalts-Etats und
 zwar speciell des Etats der Reichs-Postverwaltung.
 Abg. Tschow macht darauf aufmerksam, dass
 dem Etat nicht auf die von dem Reichstage
 Z. angenommene Resolution gerücksichtigt sei,
 welche das Eingehen der Officier-Postmeisterstellen
 anträgt habe. Allerdings habe das Kriegsmini-
 sterium sich dahin erklärt, dass es ein Bedürfniss
 hierzu zur Zeit nicht anerkenne, das sei leicht be-
 weislich, es sei jedoch wesentlich, die Ausserung
 der Postverwaltung hierüber zu vernehmen. Er be-
 deutete sich deshalb vor, an gelegentlicher Stelle dar-
 auf zurückzukommen, um Seitens des Reichskanzler-
 amtes eine definitive Antwort zu erhalten.

Abg. Lesse empfiehlt die Annahme eines An-

trages der Commission des Hauses, der dahin geht:
 „die Petition des Kaufmann Ebel, z. Z. in Breslau,
 um Gehaltsaufbesserung und Pensionsberechtigung
 der Postexpediteure, 1) soweit sie die Pensionirung
 der Postexpediteure betrifft, mit Rücksicht auf die
 Lage der neuesten Gesetzgebung für erledigt zu er-
 klären, 2) insofern sie für diese Beamten eine Ge-
 haltsverbesserung beantragt, in Betreff derjenigen
 vollbeschäftigten Postexpediteure, welche ihr Amt
 nicht als Nebenamt verwalten, dem Reichskanzler
 zur Erwägung für den Etat pro 1874 zu über-
 weisen.“

Nachdem auch Abg. Benda diesen Antrag kurz
 empfohlen, wird derselbe von dem Hause ange-
 nommen.

Zu der Position „Beitrag zu den Spar- und Vor-
 schussvereinen der Postbeamten 5200 $\frac{1}{2}$ “ erklärt
 der Regierungskommissar, Geh. Post-Director Ste-
 phan, dass der Zweck derselben der sei, denjenigen
 Beamten, die nicht in der Lage seien, selbstständig
 derartige Vereine zu gründen, eine Beihilfe dazu
 zu gewähren.

Abg. Richter spricht sich gegen diese Vorschuss-
 vereine aus, bei denen die Staatshilfe eintrete.
 Die, wie er überzeugt ist, solide Verwaltung lasse
 sich, da vorläufig keine Gelegenheit zur Verwendung
 der bedeutend angesammelten Summen vorhanden
 sei, auf Speculationen ein, indem z. B. in neuester
 Zeit eine sehr grosse Anzahl Nähmaschinen ange-
 gekauft und den Beteiligten abgelassen seien. Das
 sei nun ganz in der Ordnung, man wisse aber nicht
 ob solche Speculationen immer so glücklich sein
 würden, und es sei bedenklich, über Privatmittel in
 solcher Weise zu verfügen. Auch bei der Verwal-
 tung haben die Beteiligten, in Folge ihrer amtli-
 chen Stellung nur eine scheinbare Mitwirkung, da
 der Vorsitzende ein höherer Postbeamter sei, dem
 gegenüber den Untergebenen nicht ohne Gefahr die
 nothwendige freie Bewegung gestattet sei.

Auf Antrag des Abg. v. Hoverbeck wird die
 Totalsumme des jene Position enthaltenden Titels 7
 mit 46,700 $\frac{1}{2}$ bewilligt, dagegen die erwähnte Be-
 stimmung „Beitrag etc.“ gestrichen.

Zu Tit. 15 „Erwerb von Grundstücken,
 Erbanung und Unterhaltung der Posthäuser
 (306,800 $\frac{1}{2}$ “ macht Abg. Richter auf das Unzu-
 längliche der Localitäten vieler hiesigen Stadtpost-
 Expeditionen aufmerksam und wünscht dringend
 Abhilfe.

General-Postdirector Stephan erkennt die
 Mängel an, die hauptsächlich in den hiesigen hohen
 Mietzpreisen ihren Grund haben. Er hofft von
 einer beabsichtigten geringen Vermehrung der
 Postexpeditionen Abhilfe, glaubt aber, dass auch
 das Publikum selbst, namentlich das kaufmännische
 dadurch die Sache erleichtern könne, dass es seine
 Sendungen nicht bis auf die letzte Stunde ver-
 schiebe und dadurch den zu starken Andrang
 selbst veranlasse.

Der Etat wird hiernach ohne weiteren Einspruch
 genehmigt.

Es folgt der „Etat der Telegraphen-Verwaltung“.
 Abg. Schmidt (Stettin), Referent der Com-
 mission, tadelt den Luxus, der bei dieser Verwal-
 tung anscheinend mit den Gehältern, namentlich
 der oberen Beamten getrieben werde. Er bemängelt
 namentlich den Umstand, dass die Telegraphen-
 verwaltung nicht wie die Post eine Civil-
 verwaltung sei, sondern unter militärischer Lei-
 tung stehe. Er hält es ferner für möglich,
 durch nähere Verbindung des Telegraphenwesens
 mit dem Postwesen Ersparnisse herbeizuführen.
 Er monirt ferner, dass die Einnahmen hier nicht
 mit den Ausgaben gleichen Schritt halten, und will
 auf die von der Commission gestellten Anträge
 später zurückkommen.

Der BundesCommissar weist gegenüber den
 vielfachen Angriffen auf die in Rede stehende Ver-
 waltung darauf hin, dass die Einrichtungen derselben
 von vielen Staaten, wie Frankreich, Italien und
 Oesterreich zur grossen Befriedigung der Betheilig-
 ten zum Muster genommen seien. Eine Vereinigung
 der Telegraphendistricte mit den Postdirectionen sei
 nicht empfehlenswerth und würde keine Ersparnis-
 se herbeiführen. Das normale Gleichgewicht in
 den Ausgaben und Einnahmen sei durch die
 nach den Kriegen nöthig gewordenen Aenderungen
 verhindert. Man müsse übrigens bei den Einnahmen
 auch das inzwischen durch die Ausgaben erlangte

bedeutende vorhandene Material in Anschlag bringen.
 Die militärische Organisation sei nöthig wegen der
 namentlich bei der Telegraphie in Frage kommen-
 den militärischen Zwecke.

Abg. Schmidt (Stettin) glaubt, dass ebenso
 wenig, wie die Post eine militärische Leitung habe,
 die Telegraphie einer solchen bedürfe. Im Kriege
 gebe es ja auch eine militärische Feldpost, die
 höre aber mit dem Kriege auf, ähnlich möge man
 es mit der Telegraphenverwaltung machen.

Nach einer kurzen Discussion, an der sich auch
 der Abg. Richter theilnimmt, tritt das Haus in die
 Specialdebatte.

Abg. Grumbrecht hebt hervor, dass die Ein-
 nahme der Telegraphenverwaltung um 10 % hinter
 ihrem Vorschlag zurückgeblieben sei, während
 die Post, die ja auch das Kriegsjahr durchgemacht
 hat, 5 % mehr gebracht habe. Hierin liege der Be-
 weis, dass irgend Etwas in der Verwaltung nicht
 in der Ordnung sei. Er glaubt, dass namentlich
 die Gebührenfreiheit für Telegramme die Schuld hier-
 von trage und empfiehlt deshalb den von ihm gestellten
 Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen: 1) dahin zu
 wirken, dass die Befreiungen von Gebühren für Tele-
 gramme nach den in dem Gesetze vom 5. Juni
 1869, die Aufhebung der Portobefreiungen betref-
 fend, enthaltenen Principien baldmöglichst aufge-
 hoben, beziehungsweise beschränkt werden; 2) dem
 Reichstage — wenn möglich noch in dieser Session
 — eine Mittheilung über den Umfang der betreffen-
 den Befreiungen und über das Verhältniss der be-
 zahlten Leistungen der Telegraphen-Anstalten zu
 den nicht bezahlten zugehen zu lassen.“ Der Ab-
 geordnete glaubt, dass man namentlich in Folge des
 letzten Theils seines Antrags dahin gelangen werde,
 die Ursache der jedenfalls vorhandenen Mängel zu
 erkennen.

Minister Delbrück erklärt, dass bereits Ermitte-
 lungen angeordnet seien, dem Alinea 2 des Antrags
 zu genügen, dieser Punkt sei also erledigt. Bezüg-
 lich des ersten Absatzes erinnert Redner daran,
 dass gelegentlich der Beseitigung der Portofreiheit
 die beiden Gesichtspunkte maassgebend gewesen
 seien, einmal eine Einheitlichkeit des Verfahrens,
 und dann eine vermehrte Einnahme herbeizuführen.
 Bei der Telegraphie sei ein einheitliches Verfahren schon
 vorhanden, es seien aber bei der Legung der Telegraphen-
 leitungen in den verschiedenen Staaten Verträge ab-
 geschlossen, die u. A. auch die Bedingung ent-
 hielten, dass auf diesen Strecken in gewissen Be-
 ziehungen Gebührenfreiheit gewährt wurde. Das
 liesse sich also nicht so ohne Weiteres beseitigen.
 Der Nachtheil, der durch diese Telegraphenfreiheit
 herbeigeführt werde, sei übrigens durchaus nicht so
 bedeutend, wie man zu glauben scheine; das Haus
 möge also den Antrag des Abgeordneten Humbrecht
 ablehnen. (Schluss d. Blattes.)

Die von der Berlin-Hamburger Eisen-
 bahn-Gesellschaft erbaute Zweigbahn von
 Wittenberge bis Dömitz ist so weit vollendet, dass
 die landespolizeiliche Revision und Abnahme dieser
 Strecke in den nächsten Tagen erfolgen wird. Die
 weitere Strecke Dömitz-Hitzacker wird gleichzeitig
 mit der grossen Eib-Brücke und zwar noch im
 laufenden Jahr vollendet werden. Die Prüfung der
 Linie Hitzacker-Lüneburg-Wulfen findet Ende dieses
 Monats statt. Für die Strecke Wulfen-Geestemünde,
 welche unweit Tangendorf die Bremen-
 Hamburger Linie durchkreuzen wird, sind die Vor-
 arbeiten jetzt erst aufgenommen, weil die Verhand-
 lungen mit der Köln-Mindener Bahn nicht früher
 zu Ende geführt werden konnten. Die Vollendung der
 ganzen Bahn Wittenberge-Geestemünde hofft man
 bis zum Schluss des nächsten Jahres bewerkstelligen
 zu können.

Das Project der Erbauung einer directen
 Berlin-Danziger Bahn, das seit längerer Zeit
 obdachlos umherirrt, scheint neuerdings bei der
 Deutschen Reichs- und Continental-Eisenbahn-Bau-
 Gesellschaft ein Unterkommen gefunden zu haben,
 wenigstens hören wir, dass diese Gesellschaft Vor-
 studien für dasselbe machen lässt. Im Interesse
 der beteiligten Gegenden und Ortschaften ist das
 Zustandekommen der erwähnten Bahn sicherlich zu
 wünschen, und insofern würde das Project unzweifelhaft
 alle Unterstützung verdienen; sehr fraglich
 scheint es uns aber, ob die betreffende Bahn wirk-
 lich lebensfähig ist. Sie würde der Ostbahn, resp.